


frei denken.

Das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

freidenken. Herbst 2018



Brauchen wir einen staatlich konzessionierten Islam?

Eine Einordnung Seite 8

INHALT

EDITORIAL

Das neue *freidenken* ist da! **3**

AKTUELL | NEWS

Schweiz **4**

International **5**

Aufgefallen **6**

PRO & KONTRA

Organspende: Soll von der expliziten Zustimmung zur Widerspruchslösung gewechselt werden? **7**

FREIDENKEN | HINTERGRUND

Zur Wahnvorstellung einer islamischen Landeskirche **8**

Säkularisierung konsequent zu Ende führen! **10**

Religionspolitik und Islam:

Politik soll neutrale Räume schaffen **11**

Buchbesprechung **13**

Iranisches Nachtessen im Jugendkafi **14**

«Das sind einfach Barbaren» **16**

FREIDENKEN | GESPRÄCH

«Inszenierte Anschläge wären perfekter» **18**

Ohne Gott auf den Gottesacker **21**

«Ein Pfarrer kann sich schwer

in einen Atheisten hineinversetzen» **22**

FREIDENKENDE | SCHWEIZ

Über uns, Ratgeber **24**

FEEDBACK | FORUM

LeserInnen-Forum, Medien **25**

AGENDA | INFOS

Versammlungen, Notizen **26**

SCHLUSS | PUNKT

Berühmte Atheisten: Philip Roth **27**

FREIDENKENDE | EVENTS

Veranstaltungen **28**



Schweizer Islam oder Islam in der Schweiz?
Eine Stellungnahme und Einordnung: **Seite 8**



Wurde der Anschlag aufs World Trade Center von der US-Regierung inszeniert? Ein Interview mit dem Verschwörungstheorien-Forscher Michael Butter: **Seite 18**



Im Gespräch mit der Ritualbegleiterin Erika Goergen, die Abdankungen gestaltet: **Seite 21**

IMPRESSUM

Herausgeberin: Freidenker-Vereinigung der Schweiz, www.frei-denken.ch
Geschäftsstelle: 3000 Bern
Tel. 076 805 06 49, info@frei-denken.ch
Postkonto 84-4452-6 IBAN: CH7909000000840044526

Erscheinungsweise vierteljährlich: 1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember
Redaktionsschluss: 10. des Vormonats
Auflage: 2000

Redaktionskommission: Simone Krüsi (Leitung), Sandro Bucher, Anne Boxleitner, Patrick Dubois, Claude Fankhauser, Eliane Schmid, Iris Schulz

Jahresabonnement: Schweiz: Fr. 30.–, Ausland: Fr. 35.– (B-Post)
Zweitabonnement für Mitglieder aus der Romandie und dem Tessin: Fr. 10.–
Probeabonnement: 2 Nummern gratis
Korrektorat: Claude Fankhauser, Petra Meyer (korrektorium.ch)

Gestaltung, redaktionelle Mitarbeit: Pietro Cavadini, www.mindbombs.ch;
Vera Bueller, www.selezione.ch
Druck und Spedition: Swissprinted.ch
ISSN 1662-9043

100. Jahrgang (2015 korrigiert)
Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen.

EDITORIAL

Das neue *freidenken* ist da!

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir wissen es: Die Neugestaltung unserer Zeitschrift war überfällig. Nun ist sie vollbracht, und wir hoffen, dass das neue Erscheinungsbild gefällt! Ich persönlich bin vom neuen Heft sehr angetan. Dass das Ergebnis so erfreulich herausgekommen ist, verdanken wir in erster Linie Vera Bueller und Pietro Cavadini, die uns bereits bei der Vorstandsretraite im Januar beraten und auch unsere neue Image-Broschüre gestaltet haben. Sie haben sehr schnell erfasst, was wir an Rubriken beibehalten wollen und was anders werden soll. Und sie haben ausgezeichnete Vorschläge eingebracht, damit die Zeitschrift künftig nicht nur optisch, sondern auch inhaltlich mehr zum Lesen anregt.

Doch nicht nur das Erscheinungsbild ist neu, sondern auch die Art, wie wir unser Magazin mit Inhalten füllen: Eine vielseitig zusammengesetzte Redaktionskommission* stellt künftig sicher, dass unterschiedliche Interessengebiete und Einschätzungen Eingang in unsere Zeitschrift finden. Und wir laden dich und Sie, liebe Leserin, lieber Leser, ein, auch eigene Meinungen einzubringen. Wir freuen uns auf Leserbriefe, die Themen aus der Zeitschrift – und auch solche, an die wir nicht gedacht haben – aufgreifen.

Und noch eines ist neu: Jede Ausgabe hat künftig einen thematischen Schwerpunkt, diesmal ist es der Umgang mit dem Islam. Eines aber bleibt: Die Zeitschrift trägt auch fortan den Namen *freidenken*. Unsere Umfrage bei den Sektionen hat gezeigt: Der Name gefällt und er weckt die richtige Erwartungshaltung, worum sich der Inhalt dreht.

Ein herzliches Dankeschön an Vera Bueller, Pietro Cavadini und die Mitglieder der Redaktionskommission. Ihr habt tolle Arbeit geleistet!

Und allen Leserinnen und Lesern wünsche ich viel Vergnügen und anregende Denkanstösse mit unserem neuen *freidenken*. Lasst uns wissen, was wir richtig gemacht haben und was weniger gefällt. Wir freuen uns auf Rückmeldungen!



ANDREAS KYRIACOU

* Die Kommission wird sich in der Dezemberausgabe vorstellen.

Säkularisierung konsequent zu Ende führen!

Stellungnahme zu einer staatlichen Anerkennung des Islams

Die Freidenkenden Schweiz nehmen mit Besorgnis von zunehmenden Bestrebungen und Forderungen nach staatlicher Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften Kenntnis. Statt in Beliebigkeit und aus falsch verstandener Toleranz weitere Religionsgemeinschaften anzuerkennen, muss die Säkularisierung in allen Kantonen der Schweiz zu Ende gedacht und geführt werden. Staat und Kirche müssen im Interesse der offenen und freien Gesellschaft endlich entflochten und konsequent getrennt werden. Die Freidenkenden sind besorgt über Forderungen, weitere Religionsgemeinschaften staatlich anzuerkennen, und lehnen diese aus folgenden Gründen entschieden ab:

- Die Schweizer Bevölkerung wird immer säkularer. Eine deutliche Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hat heute ein distanzierendes Verhältnis zu Religionen. Die Landeskirchen verlieren Mitglieder; bereits heute ist die Bevölkerungsgruppe der Religionsfreien die am schnellsten wachsende. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu rechtfertigen, weitere Religionsgemeinschaften öffentlich-rechtlich anzuerkennen.
- Die staatliche Anerkennung begünstigt nicht Menschen, sondern primär Funktionäre und Organisationen. Doch selbst wenn man genau dies erreichen möchte, ist schleierhaft, welcher Verband diese Funktion im Falle des Islams übernehmen sollte, denn kein existierender Dachverband

repräsentiert heute die Mehrheit der Musliminnen und Muslime in der Schweiz. Ausserdem leben Angehörige des muslimischen Glaubens in der Schweiz meist genauso religionsfern wie Angehörige der christlichen Landeskirchen.

- Die staatliche Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften soll diese unter anderem zu einem klaren Bekenntnis zu in der Schweiz geltenden Werten zwingen. Dabei gelten Demokratie, Menschenwürde, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Menschenrechte nach dem Verständnis unseres Rechtsstaats ohnehin universell und müssen somit in der gesamten Gesellschaft zur Entfaltung kommen. Einer staatlichen Anerkennung, um die Akzeptanz dieses Wertekanons von bestimmten Religionsgemeinschaften zu verlangen, bedarf es deshalb nicht. Fakt ist: Solange Religionsgemeinschaften die anerkannten Grundwerte wie insbesondere die Menschenrechte anerkennen, dürfen sie sich im Rahmen der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit völlig frei in der Schweiz entfalten. Gemeinschaften dagegen, welche diesen Grundkonsens nicht teilen, lassen sich nicht durch Anerkennung ihrer liberaleren Formen zähmen, sondern stellen Fälle für Staatsschutz und Polizei dar.
- Das Verhältnis zwischen Staat und bestehenden Landeskirchen ist heute oft stark verflochten und es herrscht ein eklatanter Mangel an

Transparenz in Bezug auf die staatlich ausgerichteten Fördermittel. So wird beispielsweise nicht zwischen Ausgaben im Kultusbereich und solchen für soziale Zwecke unterschieden. Eine Anerkennung weiterer Gemeinschaften würde diese Probleme nur verschärfen.

- Religiöse Gemeinschaften benötigen, um funktionieren zu können, weder staatliche Privilegien noch eine eigene Rechtsform. Es gibt keinen Grund, warum Glaubensgemeinschaften besser behandelt werden sollen als andere zivilgesellschaftliche Kräfte (NGOs, Parteien, Vereine).
- Ein modernes Staatswesen ist zur religionspolitischen Neutralität verpflichtet und muss, solange eine Religion keine Bedrohung für die offene Gesellschaft darstellt, alle religiösen Gemeinschaften gleich behandeln. Eine Anerkennung zusätzlicher – ausgewählter – Religionsgemeinschaften würde nicht Gleichheit, sondern zusätzliche Diskriminierung gegenüber den nicht-erkannten Religionsgemeinschaften bedeuten. Eine Gleichbehandlung ist einzig durch die konsequente Trennung von Staat und Kirche zu erreichen.

Die Freidenkenden Schweiz lehnen daher die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften entschieden und mit Nachdruck ab. Stattdessen ist das Verhältnis zwischen Staat und Kirche – also zwischen den einzelnen Kantonen und den Landeskirchen – konsequent zu entflechten. ■

Religionspolitik und Islam

Politik soll neutrale Räume schaffen



Die Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter versucht, zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu vermitteln.

VON PROF. DR. SUSANNE SCHRÖTER

Trotz aller wissenschaftlichen Sachlichkeit ist Susanne Schröter gerade die Wahrnehmung von Säkularisierungsprozessen ein Anliegen – im Islam wie in der Gesellschaft. Ebenso wichtig ist ihr die Überwindung einer auf Theologie zentrierten Politik und eines Umgangs mit «dem Islam», der Vielfalt und Tiefenschärfe ausser Acht lässt. Ihre Überlegungen widerspiegeln die politische Islam-Diskussion in Deutschland, sie sind aber auch für die Schweiz wertvoll.

Die oft reflexhaften Beiträge zur Islam-Debatte aus der Politik sind ein Ergebnis unserer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft, in der alte Gewissheiten verloren gehen. Die Frage nach dem identitären «Wir» mit allen dazugehörigen Implikationen, d. h. der Definition von Zugehörigkeit sowie möglichen Ein- und Ausschlüssen von Gruppen, stellt sich nur in Transformationsphasen. Ausserhalb dieser Phasen gibt es keinen Grund, sich mit solchen Dingen auseinanderzusetzen. Zunehmende Multikulturalität ist eine Stress-

situation, in der das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung stark wird – insbesondere dann, wenn Zuwanderer mit eigenen starken kollektiven Identitäten aufwarten, wie wir dies beispielsweise bei einem Teil der Türkeistämmigen oder auch bei vielen Muslimen sehen. Das fordert selbst diejenigen heraus, die Konstruktionen wie Nation oder Heimat eher ablehnend gegenüberstehen, selbst auch ein Kollektiv zu benennen, dem sie angehören. Dahinter steht die Angst, als Individuen dem Ansturm neuer Kollektive nicht gewachsen zu sein.

Volk, Nation, Leitkultur

Die Benennung eines adäquaten Kollektivs, mit dem man sich identifizieren kann, ist allerdings alles andere als einfach. Der Begriff des «Volkes» wurde aus gutem Grund beiseitegelegt, der der «Nation» ist ebenfalls nicht unproblematisch, und was denn die deutsche Kultur sein soll, darüber muss man erst mal nachdenken. Der Bezug auf die Verfassung taugt nur begrenzt, weil Identität auch etwas emotional aufgeladenes ist. Die Idee der Leitkultur, die auf den syrischstämmigen Politikwissenschaftler Bassam Tibi zurückgeht, wurde jahrelang politisch in die rechte Ecke gestellt und die neue Beschwörung des Christlichen ist angesichts der schwindenden Bindekraft der Kirchen anachronistisch. Eine positive Bestimmung fällt jedenfalls aus vielerlei Gründen schwer, obwohl es begründete Proteste gab, als die ehemalige Staatsministerin für Integration Özugus den Deutschen jegliche eigene Kultur absprechen wollte. Eine negative Benennung gelingt meist einfacher. Es fällt leichter zu artikulieren, wen und was man als fremd empfindet, als zu definieren, was denn das Eigene ist.

Hohle Rhetorik

Gegenwärtig ist es der Islam, der die Rangliste des kulturell Fremden anführt. Das liegt an dem Auftrumpfen von muslimischen Verbandsvertretern, die unablässig Sonderrechte für die eigene Community fordern und abschlägige Bescheide postwendend als «islamophob» brandmarken. Ein weiterer Grund sind aber auch die vielen geplanten oder sogar durchgeführten Anschläge im Namen des Islams. Deshalb sind viele Menschen der Ansicht,

der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und deshalb lässt sich mit diesem Statement Politik machen. Leider sind die Beiträge zu diesem Thema – gleich ob sie die Frage positiv oder negativ beantworten – meist so unterkomplex, dass sie keinen sinnvollen Beitrag zu dem genannten Problem darstellen. Sie erschöpfen sich vielmehr in hohler Rhetorik und lassen sich dadurch beliebig von unterschiedlichen politischen Lagern instrumentalisieren.

Es fehlt definitiv an einer Wahrnehmung der Realität: Der Islam ist eine heterogene Religion mit vielen unterschiedlichen Strömungen. Er wird aber von Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft regelmässig auf die Form verengt, die von konservativen oder sogar fundamentalistischen Verbänden angeboten wird.

Instrument der türkischen Regierung

Es ist unbegreiflich, warum Verbandsvertreter ohne Not als einzige Repräsentanten «des» Islams in Beiräte und andere Gremien gerufen werden, liberale, humanistische und säkulare Muslime und Musliminnen aber keine Beachtung finden. Selbst vor Kooperationen mit DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) scheuen viele Politiker und zivilgesellschaftliche Dialogbeauftragte nicht zurück, obgleich in den vergangenen Jahren vielfach nachgewiesen wurde, dass die Organisation nichts anderes ist als ein Instrument der türkischen Regierung, um ihre Politik in Deutschland durchzuexerzieren. Kriegspropaganda, Einschwören auf einen heiligen Krieg im Namen Allahs, Märtyrerkult und aggressive Anti-Integrationsrhetorik werden entweder verdrängt oder

in Kauf genommen, weil man glaubt, Muslimen dadurch die viel beschworene «gesellschaftliche Teilhabe» gewähren zu können.

Unverdrossen versucht man in den grossen muslimischen Verbänden das Pendant christlicher Kirchenvertreter zu finden, obwohl unübersehbar ist, dass in dieser Religion keine vergleichbaren hierarchischen Strukturen existieren. Der Schaden, der entsteht, ist



Die Ethnologin und Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter ist Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI) an der Goethe Universität Frankfurt. In der von ihr geleiteten ForscherInnengruppe werden kulturelle und politische Transformationen in islamisch geprägten Gesellschaften und in Gesellschaften mit starken islamischen Minderheiten untersucht. Regionale Schwerpunkte sind Südostasien, Nordafrika und Deutschland. Im Mittelpunkt stehen Probleme ethnischer, kultureller und religiöser Pluralität sowie die Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten. In ihrem Buch «Gott näher als der eigenen Halsschlagader. Fromme Muslime in Deutschland» (2016) hat sie ihre dreijährige Forschungsarbeit, die sie in Wiesbadener Moscheegemeinden durchgeführt hat, zusammengetragen.

immens, weil man so alle Muslime und Musliminnen verprellt, die demokratisch und säkular gesinnt sind.

Im Moment wird zwar von einzelnen politischen Akteuren bekundet, dass man die Kooperationen mit Muslimen auf breitere Füsse stellen und auch liberale Muslime einbeziehen möchte, doch in der Praxis ist davon noch wenig zu sehen. Ein erster Schritt wäre, die Islamkonferenz für Liberale und Säkulare zu öffnen, so wie es bei der ersten Runde ja bereits der Fall war. Sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene müssten neue Gruppen geschaffen werden, um Muslime in ihrer Heterogenität zu repräsentieren. Das muss natürlich gegen den Widerstand der Fundamentalisten durchgesetzt werden, die einen exklusiven Vertretungsanspruch besitzen und gern behaupten, für alle Muslime zu sprechen.

Rückgriff auf das Christentum

Leider wird von der Politik nicht der Säkularismus gegen den politischen Islam aufgebaut, sondern man versucht einen Rückgriff auf das Christentum als neue Leitkultur. Das ist der gesellschaftlichen Realität nicht angemessen und führt auch politisch in die Irre. Grundsätzlich sollte die Politik in einer pluralistischen Gesellschaft neutrale Räume schaffen, um Konflikte im Namen von Religionen zu begrenzen. Staatliche Einrichtungen sind der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen verpflichtet, unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Hautfarbe, Geschlecht oder anderen Markierungen. Das kann nur gelingen, wenn auch Religionen, religiöse Symbole und Religionszugehörigkeiten keine privilegierte Rolle einnehmen. ■

BUCH | BESPRECHUNG

Flucht aus Saudi-Arabien – zwei Frauen erzählen

Rana Ahmad und Kholoud Bariedah sind beide aus Saudi-Arabien geflohen und leben nun in Deutschland. Ihre Biografien überlappen sich. Und doch, das zeigen ihre Bücher, ihre Geschichten unterscheiden sich auch. Spannend zu lesen sind sie beide.

Kholoud Bariedah wählte einen deftigen Einstieg in ihre Geschichte: Sie erzählt von ihren Alpträumen – sie wird die Erinnerungen an ihre Gefangenschaft nicht los, kann die Schicksale der Frauen, die an den Haftbedingungen zugrunde gingen, nicht vergessen. Dass Kholoud selbst im Frauengefängnis von Mekka landete, ist für westliche Leser kaum fassbar. Sie war 20 und hörte mit vier Freundinnen und Freunden in einer Wohnung Musik. Doch jemand hatte Wind von dieser illegalen Party gekriegt, auf einmal stürmen Männer der Religionspolizei herein. Bestraft wird sie mit Haft und Stockschlägen. Die Rückblende auf die Zeit im Gefängnis bildet einen gewichtigen Teil der Erzählung Bariedahs. Sie erzählt vom Psychoterror der Betreuerinnen, von den Streitereien unter den Insassinnen.

Rana Ahmad blendet in ihrer Biografie in die Zeit ihrer Kindheit zurück, er-

zählt, wie sie sich mit zehn Jahren auf den Sommerurlaub in Syrien gefreut hatte. Ihr Vater hatte ihr ein Fahrrad geschenkt, das sie in Saudi-Arabien jedoch nicht fahren durfte. Die junge Rana genießt die Freiheit, die ihr das Rad bietet, und erledigt mehrfach alleine Einkäufe für ihre Oma. Doch nach ein paar Tagen folgt der Schock. Der Grossvater ermahnt sie: «Grosse Mädchen dürfen nicht mit dem Fahrrad fahren.» Und es kommt noch schlimmer: Er bringt Ranas Eltern dazu, ihre Tochter zu verschleiern. Zum ersten Mal spürt sie, dass sie als Mädchen weniger Rechte hat und ahnt, wie ungerecht dieses System ist. Sie durchlebt Jugendjahre, die sie traurig stimmen.

Beide Frauen werden als junge Erwachsene berufstätig, können sich aber mit den Normen der saudischen Gesellschaft nicht anfreunden. Sie beginnen am Glauben, in den sie hineingeboren wurden, zu zweifeln, geben ihn schliesslich auf. Und beschliessen zu fliehen, um der Enge zu entkommen, aber auch aus Angst. Denn der Abfall vom Glauben wird schwer bestraft. Und jeder, den sie in ihr Geheimnis einweihen, bedeutet für sie auch ein Risiko.



Rana Ahmad:
Frauen dürfen hier nicht träumen
Mein Ausbruch aus Saudi-Arabien, mein Weg in die Freiheit
Erschienen 15.01.2018
Verlag btb, 320 Seiten
ISBN 978-3-442-75748-0

Kholoud Bariedah:
Keine Tränen für Allah
Wie ich von Tugendwächtern verurteilt wurde und dem Frauengefängnis von Mekka entkam
Erschienen 01.02.2018
Droemer Knauer Verlag, 320 Seiten
ISBN 978-3-426-21434-3

«Politik soll neutrale Räume schaffen», das Interview mit Susanne Schröter: www.saekulare-sozis.de